

02. Dezember 2019

Patricio Frei
Talweg 165
8610 Uster



Eintretensreferat der Grünen

An die Präsidentin des Gemeinderates
Frau Ursula Räuftlin
8610 Uster



Traktandum 4 – Weisung 24 – Globalbudgets 2020

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende

Die fetten Jahre sind in Uster schon lange vorbei. Bereits unter der bürgerlichen Mehrheit im Stadtrat gerieten die Finanzen aus dem Lot. Dieser nahm in Kauf, dass sich zwischen 2014 und 2018 die langfristigen Schulden von 30 auf 115 Mio. Franken praktisch verdreifachten. Schon damals lebten wir über unseren Verhältnissen: Egli, Kübler und Co. planten das neue Hallenbad, das Schulhaus Krämeracker, das Werkgebäude Dammstrasse, das Kulturzentrum Zeughaus und leerten dafür die Kasse der Stadt Uster.

Wir Grünen haben uns immer gegen den Abbau des Nettovermögens gewehrt. Deshalb fordern wir seit Jahren eine Erhöhung des Steuerfusses. Wir orientieren uns nach dem Grundsatz: Eine nachhaltige Finanzpolitik lässt sich die Investitionen nicht von den kommenden Generationen bezahlen.

Das Budget 2020 bedeutet eine Wendemarke in der Ustermer Finanzpolitik. Der neu links-grün dominierte Stadtrat muss nun die bürgerliche Finanzpolitik der leeren Kasse der letzten Jahre ausbaden. Sein Antrag, den Steuerfuss um drei Prozent zu erhöhen, ist längst überfällig, wenn auch unpopulär. Er ist die einzig richtige Massnahme.

Denn die Stadt Uster hat weitere grosse Investitionen zu bewältigen: Untere Farb, Bahnhofsareal fussgängerfreundliches Zentrum und vor allem das Zeughaus. Und die Stadt Uster soll auch weiterhin Handlungsspielraum für eine nachhaltige Entwicklung haben. So hat dieses Parlament ja auch beschlossen, die Veloinitiative umzusetzen, mit einem Massnahmenpaket die Artenvielfalt zu erhalten und die Treibhausgase zu reduzieren – alles Massnahmen, die nötig und dringend sind, aber Geld kosten werden. Geld, das die Stadt Uster nicht hat.

Die Erhöhung des Steuerfusses bringt denn auch die Finanzen der Stadt leider noch nicht ins Gleichgewicht. Dies zeigt sich beispielsweise bei den langfristigen Schulden, die von 115 Mio. Franken bis 2023 um 60 Mio. Franken auf 175 Mio. Franken ansteigen werden.

Die Bürgerlichen werden sich – wie zu erwarten ist – gegen die Erhöhung des Steuerfusses einsetzen. Das ist ihr gutes Recht. Was aber nicht geht: sich über die rotgrüne Finanzpolitik zu beklagen ohne konkrete Vorschläge aufzuzeigen. Während der gesamten Behandlung des Budgets 2020 in den vergangenen Wochen und Monate haben es die liberalen Kräfte und die SVP versäumt, aufzuzeigen, wo sie 3 Millionen Franken weniger ausgeben wollen, um ein einigermaßen ausgeglichenes Budget zu erreichen. Die Sparanträge, die bislang auf dem Tisch liegen, vermögen auch in der Summe das Budget bei weitem nicht ausgeglichen zu gestalten. Komplett von der Rolle präsentiert sich die SVP – Eine Partei, die bei der städtischen Bildung eine

Million Franken einsparen will, betreibt nicht nur billige Parteipolitik ohne Rücksicht auf Verluste sondern hat offenbar das Erfolgsmodell Schweiz in seinem innersten Kern nicht verstanden.

Der Stadtrat legt ein Budget vor, bei dem alle einen Beitrag leisten müssen, damit wir nächstes Jahr eine schwarze Null erreichen: Da ist der Stadtrat selber, der in seinen eigenen Abteilungen Einsparungen vorgenommen hat – auch dort, wo es weh tut, beispielsweise mit der Streichung der Bibliothek Nänikon. Da ist das Personal, von dem der Stadtrat ebenfalls einen Beitrag abverlangt. Und einen Beitrag müssen letztlich auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mit höheren Steuern übernehmen. Wieviel dies für jeden einzelnen bedeutet, hat der Anzeiger von Uster bereits ausgerechnet: Eine Familie mit einem steuerbaren Einkommen von 100'000 Franken müsste demnach rund 150 Franken mehr Steuern bezahlen. Das finden zwar auch wir Grünen nicht toll, aber finanziell durchaus verkraftbar. Schliesslich hat die Stadt Uster dafür auch einiges zu bieten!

Wir Grünen verzichten bewusst darauf, mit eigenen Anträgen, die stadträtlichen Sparbemühungen wieder zunichte zu machen. Die Anträge der anderen Fraktionen lehnen wir mehrheitlich ab, nur vereinzelt werden Grüne heute Abend zusätzlichen Ausgaben zustimmen. Denn wir Grünen werden uns auch weiterhin für eine umsichtige Finanzpolitik einsetzen. Eine solche umfasst: Unnötige Ausgaben vermeiden, Investitionen klug planen, Verschuldung reduzieren bei einem angemessenen Steuerfuss.

Patricio Frei
Fraktionspräsident Grüne